

*Betreff:***Anfrage zu Medikamentenwerbung auf der Facebook-Seite der Stadt Braunschweig***Organisationseinheit:*

Dezernat V

50 Fachbereich Soziales und Gesundheit

Datum:

09.03.2022

Beratungsfolge

Ausschuss für Soziales und Gesundheit (zur Kenntnis)

Sitzungstermin

10.03.2022

Status

Ö

Sachverhalt:

Zur Anfrage der Gruppe Direkte Demokraten (22-17928) vom 11.02.2022 nimmt die Verwaltung wie folgt Stellung:

Zu Frage 1:

Eine regelhafte juristische Überprüfung von Postings findet nicht statt.

Zu Frage 2:

Schulungen zum Heilmittelwerbegesetz erfolgen nicht.

Zu Frage 3:

In Deutschland besteht keine allgemeine Anzeigepflicht. Ein Verstoß gegen das Heilmittelwerbegesetz ist ferner nicht ersichtlich, die Rechtsmeinung in der Anfrage dazu wird nicht geteilt.

Dr. Arbogast

Anlage/n:

keine